

PRESSEMITTEILUNG

- Mit der Bitte um Veröffentlichung -

Wiesbaden, 8. August 2019

Unterbringung von Wohnungslosen in Friedrichsdorf nicht akzeptabel

Die Landtagsabgeordnete Christiane Böhm hat gemeinsam mit dem Friedrichsdorfer Stadtverordneten der LINKEN, Dirk Hoff, zwei Wohnungen von Menschen in prekären Wohnsituationen besichtigt. Dazu erklärt Christiane Böhm, sozialpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag:

„Wir hatten die Möglichkeit, uns die Wohnsituation zwei psychisch kranker Frauen anzusehen. Wir sind entsetzt darüber, dass die Stadt Friedrichsdorf so wenig Unterstützung anbietet. In einem Fall haben wir Schimmel, nicht schließende Fenster, eine mehrstufige Eingangstreppe für eine Person, die auf Rollstuhl und Rollator angewiesen ist, und eine Miniwohnung von 34 qm Größe vorgefunden. Besonders belastend war für die Dame, dass sie zehn Jahre darum kämpfen musste, bis ihr die Kommune einen Mietvertrag gegeben hat. In dieser Zeit wurden allerdings von dem Vermieter weder die maroden Fenster noch die alte Haustür ausgetauscht.“

Im zweiten Fall lebe die Dame seit anderthalb Jahren in einer verordneten Wohngemeinschaft, so Böhm. Das Zimmer sei leer gewesen, als sie einzog, in der Mini-Küche habe ein offener Kühlschrank voll verdorbener Essensreste und eine verzogene Spüle gestanden. Der Rest der ‚Möblierung‘ seien Glühbirnen ohne Lampenschirme, aber mit freiliegenden Stromkabeln an der Decke.

Es existiere keine spezielle Unterstützung seitens der Kommune, jemanden mit einer psychischen Erkrankung zu einer Wohnung mit einem festen Mietvertrag zu verhelfen. Es werde von der Stadt nur auf die hohe Anzahl der Wohnungssuchenden auf der Wohnungsbewerberliste verwiesen.

Nach Ansicht von Hoff und Böhm stehe die Stadt in der Pflicht, für bessere Hilfen bei der Versorgung von wohnungslosen Menschen gerade mit psychischen Erkrankungen zu sorgen.

Christiane Böhm: „Wohnungslosigkeit muss durch wirksame Unterstützung verhindert bzw. so schnell wie möglich beendet werden. Dazu ist eine aufsuchende Arbeit durch die Stadt erforderlich. Besonders betont haben beide hilfeschuchenden Damen, dass sie eine wertschätzende Behandlung durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wünschen.“

Dirk Hoff verweist auf seinen Antrag an die Stadtverordnetenversammlung: „Friedrichsdorf muss über das von der Koalition angestrebte Ziel von 75 neuen bezahlbaren Wohnungen dringend mehr für Menschen mit normalen oder geringen Einkommen tun, um diese Missstände anzugehen.

Deshalb brauchen wir eine Sozialwohnungsquote in Höhe von mindestens 30 Prozent bei dem Verkauf von Flächen und der Ausweisung von Wohngebieten. Sonst werden die Belastungen durch Wohnungsnotfälle noch größer.

DIE LINKE. wird sich in Folge in der Stadtverordnetenversammlung Fragen zur Unterbringung von wohnungslosen Menschen widmen.“